Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsträgern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 14191 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13553, Emil Schiegel / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentage 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Sonnabend, den 5. Juni 1926 — Nummer 128

Der Spaltungsparteitag in Dresden

Dresden, den 4. Juni 1926.

F.B. Am 6. Juni findet im Sitzungssaal des Landtags in Dresden die erste Landesversammlung der „Alten Sozialdemokratischen Partei" statt. Diese Landesversammlung soll die Gründungsparteitag der Rechten auch die organisatorischen Grundlagen für die Durchführung der Politik der 23 schaffen. Der ehemalige sächsische Ministerpräsident Buck spricht über „Weg und Ziele der Alten Sozialdemokratischen Partei Sachsens". Im Anschluß an die politische Aussprache erfolgt dann die Beratung der Organisationsfragen. Es ist klar, daß der Spaltungsparteitag in Dresden mit harter Konsequenz die Spaltung der Sozialdemokratischen Partei in ganz Sachsen weiter treiben muß. Bisher äußerte sich die Spaltung der SPD. sinnfällig nur in der sozialdemokratischen Landtagsfraktion. Der Spaltung an der Spitze folgt nunmehr die Spaltung in der Basis der Sozialdemokratischen Partei. Die linken sozialdemokratischen Führer haben jetzt eine letzte Chance, durch rücksichtslosen politischen und organisatorischen Kampf die 23 und deren Anhang zu vernichten. Es ist auf Grund aller bisherigen Erfahrungen vorauszusehen, daß die linken Führer diese Chance nicht nützen werden, deshalb besiegelt sich auf dem Spaltungsparteitag in Dresden historisch das Schicksal der linken Führergruppe in Sachsen.

Die Rechten befolgen auf dem Spaltungsparteitag in den organisatorischen Fragen dieselbe Taktik wie die Linken. Ebenso, wie die linken Führer fortgesetzt erklären, daß der Kampf gegen die Rechten sich nur auf Sachsen beschränke, ebenso beteuern die 23, daß niemand daran denke, die neue Organisation über Sachsen hinauszutragen. Die 23 sagen in ihrem Schreiben zur Landesversammlung in Dresden: „Unser Ziel ist nicht Spaltung der SPD., sondern Zurückgewinnung der sächsischen Sozialdemokratie zu den organisatorischen Grundsätzen und der Politik der Gesamtpartei. Darum kann es auch am 6. Juni nichts anderes als ein offenes Bekenntnis zu den Grundsätzen der deutschen Sozialdemokratie und zum Heidelberger Programm als der Richtschnur unseres Handelns geben." Damit ist die politische Grundlage des Dresdner Parteitages umrissen formuliert. Die 23 erklären, daß der Parteivorstand die Spaltung in Sachsen verschuldet hat, weil er durch seine schwankende Haltung angeblich ein Abweichen von den Grundsätzen der Gesamtpartei in Sachsen geduldet habe. Die neue Partei soll die Partei des Parteivorstandes sein. Der Machtkampf bietet den 23 die Möglichkeit, das Kräfteverhältnis zwischen den Linken und Rechten zu kontrollieren. Nach dieser Machtprobe soll die Einheit mit der Gesamtpartei wieder hergestellt werden.

Auf dem Dresdner Spaltungsparteitag werden alle Klagen, die die Arbeiterschaft aus dem jahrelangen Kampf zwischen den Rechten und linken Führern hinreichend kennen, in zugespitzter Form wiederkehren. Neue Gesichtspunkte werden dabei nicht auftauchen. Die Auseinandersetzung zwischen den rechten und linken Führern geht nicht um die Frage Koalitionspolitik oder grundsätzlicher Klassenkampf unter Ablehnung jeder Koalition mit bürgerlichen Parteien. Wir erleben vielmehr in diesem Kampf die Wiederkehr alter Fragen in neuer Gestalt. Es ist der Kampf der alten revisionistischen Garde gegen die Zentristen. In Sachsen haben sich die zentristischen Parteiideologie aus der Vorkriegszeit besonders stark konserviert. Ein Gradmesser hierfür ist auch die Tatsache, daß die Führung der 23 ausschließlich bei den alten SPD.-Führern liegt, während unter den Linken rechte USP.-Führer ausschlaggebenden Einfluß besitzen. Die Kraftprobe der Rechten in Sachsen ist weniger ein Ausdruck für die Stärke des Einflusses der Reformisten unter der Arbeiterschaft, als vielmehr eine Betätigung der politischen Schwäche, Feigheit und Verwirrung der zentristischen Führergruppe.

Innerhalb der Arbeiterklasse muß die Spaltung den politischen Differenzierungsprozeß beschleunigen. Die Partei der Rechten zwingt die linken Führer, ihr politisches Programm endlich zu entschleiern. Die politische Zuspitzung, die sich aus der Spaltung ergibt, stellt die Linken vor die Alternative, entweder mit einem eigenen politischen Programm aufzutreten oder sich politisch von den Rechten aufsaugen zu lassen. In einer höheren Entwicklungsphase steht in Sachsen jetzt die Parteigruppierung der Revolutionsjahre wieder: KPD. — USP. — SPD. Die Krise der deutschen Bourgeoisie, die allgemeine Verschärfung des Klassenkampfes wird jedoch in den bevorstehenden Kämpfen viel rascher mit den Gruppierungen aufräumen, wie in der Vergangenheit. Der Kampf der Kommunistischen Partei um die Hegemonie innerhalb der Arbeiterklasse wird durch die Spaltung in Sachsen in jeder Beziehung erleichtert. Zäh und systematisch, mit bolschewistischer Hartnäckigkeit müssen die kommunistischen Arbeiter angesichts der Spaltung und Verwirrung im Lager der SPD. die Notwendigkeit der Einheit der Arbeiterbewegung stärker denn je propagieren.

Die sozialdemokratischen Arbeiter dürfen unter keinen Umständen der Spaltungsaktion der Rechten mit dem gleichen Fanatismus gegenübertreten, wie die linkssozialdemokratischen Führer. Die Rechten werden mit allen Mitteln ihre Ideologie und Politik in erster Linie innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiter verteidigen. Die Haltung der linken Führer erleichtert den Rechten ihre Arbeit. Jeder Arbeiter versteht, daß man die Rechten nicht mit den Paragraphen des Organisationsstatuts schlagen kann, sondern daß man sie im politischen Kampf vernichten muß. Noch viel härter wie bisher ist jetzt die Frage der Auseinandersetzungen der sozialdemokratischen Arbeiter mit den rechten Führern in den übrigen Organisationen gestellt. Der Kampf gegen die Rechten in den Gewerkschaften, Genossenschaften und Gemeindeparlamenten muß durch die neue Parteigründung eine bedeutend schärfere Form annehmen. Die linken Führer müssen sich der Arbeiterschaft in diesen Organisationen politisch stellen. Sie müssen eine klare Antwort geben auf die Frage nach der Einschätzung der Krise des Kapitalismus, auf die Frage der Vorbereitung der proletarischen Revolution. Die Arbeiterschaft muß unter sich selbst in ihren Klassenorganisationen die Entscheidung über die Koalitionspolitik und über die Stellung zu Sowjetrußland herbeiführen. In all diesen Fragen darf der links-sozialdemokratischen Führerschaft kein Kneifen und Ausweichen gestattet werden.

Die Spaltung der SPD. in Sachsen wächst hervor aus dem Boden der Dauerkrise der kapitalistischen Wirtschaft in Deutschland. Sie fällt in eine Zeit, wo die Bourgeoisie mit dem Staatsstreich droht und sich einer wachsenden Radikalisierung der arbeitenden Bevölkerung gegenübersieht. Unaufhaltsam geht in der deutschen Arbeiterschaft der Zug nach links. Die Mauer, die die sozialdemokratischen Führer zwischen den sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern aufgerichtet haben, beginnt zu wanken. Die Arbeiterdelegationen, Einheitskomitees, die Beteiligung von Reichsbanner-Abordnungen am Roten Frontkämpfertag in Berlin, die Zusammenarbeit sozialdemokratischer und kommunistischer Arbeiter im Erwerbslosenkampf und viele andere ähnliche Erscheinungen beweisen, daß die sozialdemokratische Arbeiterschaft es satt hat, sich von den SPD.-Führern gewaltsam von ihren kommunistischen Klassengenossen trennen zu lassen. Die sozialdemokratische Arbeiterschaft muß die Spaltungsaktion ihrer Führer beantworten mit der Herstellung der proletarischen Einheit in den Gewerkschaften und Betrieben. Im Kampf um diese Einheit haben heute bereits die Kommunisten die unbestrittene Führung. Die wachsende Zersetzung und Spaltung innerhalb der Sozialdemokratie macht die KPD. immer mehr zum Hort der Einheit der deutschen Arbeiterklasse. So wird auch die Spaltung von Dresden die Einheit der Arbeiter herbeiführen.

Zum Reichsarbeitersporttag

Gegen Fürstenraub und Reaktion.

F.W. In der Woche vom 6. bis 13. Juni findet in allen Orten, wo Arbeitersportvereine bestehen, die Reichs-Arbeitersport-Werbewoche statt, die mit dem Reichsarbeitersporttag (RAST) abgeschlossen wird. Zum 5. Male seit dem Beschluß des 1. Arbeiter-Sportkongresses in Jena treten die Arbeitersportler Deutschlands an, um an einem Tag, dem RAST, der Arbeiterklasse ihre Existenz zu demonstrieren. Entstanden und gewachsen im Kampf gegen die bürgerliche Sportbewegung, gegen die monarchistischen Schikanen und Unterdrückungen der Vorkriegszeit bilden die Arbeiter-Sportvereine einen Teil der Klassenorganisationen des Proletariats.

In der schwarz-rot-goldenen Republik Deutschland stehen die Arbeitersportler, trotz aller Bemühungen der reformistischen Führer, die rote Fahne als Banner abzuschwören, mit dem Reichsbanner Kartellpolitik zu treiben und die Arbeitersportler vor den Karren sozialdemokratischer Koalitionspolitik mit dem Bürgertum zu spannen, in Klassenfront.

Der RAST wird und muß im Zeichen des proletarischen Klassenkampfes stehen. Der RAST unter roten Fahnen bringt die Abgrenzung von der bürgerlichen Sportbewegung zum Ausdruck. Nicht nur die Arbeitersportler, jeder Arbeiter muß die Gefahr sehen, die die 5 Millionen zählende bürgerliche Sportbewegung und die in jüngster Zeit von den Unternehmern besonders stark forcierten und finanziell ausgestalteten Werksportvereine mit ihrer reaktionären, ja zum Teil ausgesprochen faschistischen Führung für die Arbeiterklasse bedeuten. Auch die republikanischen Behörden und Stadtverwaltungen versuchen mit der Schaffung von Behördensportvereinen auf ihre Art und Weise, die Arbeiter und Angestellten den Arbeitersportvereinen zu entreißen und der bürgerlichen Sportbewegung zuzuführen. Die Bourgeoisie, ihr Staatsapparat und ihre Presse zeigen eine auffallend gesteigerte Aktivität, um durch den Sport die Arbeiter den Arbeitersportorganisationen abzujagen und unter ihren Einfluß zu bringen. Der Sport ist der Bourgeoisie kein Mittel für die Körperkultur, kann es auch nicht sein, solange die Arbeiterklasse 9, 10 und 12 Stunden schuften, in schlechten Wohnungen hausen muß, Millionen Arbeitslose darben und entbehren müssen, die deutsche Sozialpolitik abgebaut und die staatlichen Mittel für die Volksgesundheit eingeschränkt werden. Ihr für der Sport lediglich ein Mittel zur Gewinnung der Arbeitermassen, um sie vor die faschistischen Organisationen zu spannen und unter Hindenburgs Protektorat nationalistischen Rummel machen. Es ist ein Gebot der Stunde, daß die Arbeitersportler allüberall die Offensive des Kapitals und die Aufrichtung der reaktionären Front mit der Aufrichtung der roten Klassenfront beantworten. **Stärkung der Arbeitersportbewegung, das ist der Zweck der RAST-Veranstaltung.** In dieser Richtung muß die Arbeiterschaft helfend eingreifen. Alle Arbeiterorganisationen müssen die Sportveranstaltungen und ihre Demonstrationen unterstützen und **durch Massenbeteiligung ihre Solidarität mit der Arbeitersportbewegung zum Ausdruck bringen.**

In diesem Jahre fällt der RAST in eine Zeit der schärfsten Offensive der Unternehmer, Faschistenaufmärsche, monarchistischer Provokationen und der Entscheidung über den 3-Milliarden-Raub der Fürsten **durch den Volksentscheid** am 20. Juni. Die Erfüllung der Klassenpflicht der Arbeitersportler erfordert auch mitten in der angestrengtesten sportlichen Betätigung die nachhaltigste Unterstützung der Propaganda für die Enteignung der Fürsten durch die Abstimmung am dritten Sonntag des Juni. Ja, **der RAST selbst und die Veranstaltungen der Werbewoche müssen im Zeichen des Volksentscheids stehen.** Werbend für den Arbeitersport und agitierend für die Rettung der drei Milliarden soll der RAST seine Rolle als Arbeiter-Demonstration dokumentieren. Deshalb müssen die Losungen des Reichsarbeitersporttages lauten:

Gegen den Fürstenraub! Gegen die bürgerliche Sportbewegung! Gegen Reaktion und Faschismus! Für den Achtstundentag! Für die rote Einheitsfront! Für die Einheit der Arbeitersportbewegung!

Arbeiter! Hinein in die Arbeitersportvereine!

Gemeinsames Arbeitskomitee in Dresden-Altstadt

Gestern abend fand im „Rizzibräu", Güterbahnhofstraße, eine sehr stark besuchte gemeinsame Funktionärsitzung der Gruppe Altstadt der SPD. und der Zellengruppe Zentrum 2 der KPD. statt, die sich mit der gemeinsamen Arbeit in der Volksentscheidskampagne beschäftigte. Die gesamte Diskussion war getragen von dem Willen, einen festen roten Block gegen alle Fürstenknechte zu schaffen. Es wurde beschlossen, einen Arbeitsausschuß zu bilden, der die Arbeit zentral regeln soll. In Dresden-Cotta ist ein solcher bereits gebildet worden. Gewählt wurden für die SPD. die Genossen Wolf und Pfennig, für die KPD. die Genossen Goldhammer und Spengler. Außerdem kommt noch je ein Vertreter der Sozialistischen Arbeiterjugend und des Kommunistischen Jugendverbandes hinzu.

Das ständige zentrale Agitationslokal befindet sich im „Rizzibräu", Güterbahnhofstraße.

Dort wird Auskunft über alle Fragen erteilt, sowie wichtige Meldungen entgegengenommen und Materialausgabe während einer noch bekanntzugebenden Zeit stattfinden. Beschlossen wurde weiter, die proletarischen Kultur- und Sportorganisationen hinzuzuziehen. Es gilt, der Einheitsfront der Fürstenknechte die geschlossene Phalanx der Arbeiterschaft entgegenzusetzen!

Stresemann schützt die „Völkischen"

Stresemann hat jetzt energisch in die Aktion der Deutschen Volkspartei gegen die Enthüllungen der preußischen Regierung über Vorbereitung zur nationalen Diktatur eingegriffen. Er verwahrt sich dagegen, daß er die Maßnahmen der preußischen Polizei mit angeregt und gebilligt habe, er sei vom Berliner Polizeipräsidium über das vorhandene Material getäuscht worden. Der stellvertretende Polizeipräsident Berlins, Friedensburg, macht vor dem Angriff Stresemanns einen lächerlichen Rückzieher, der zeigt, daß es der preußischen Regierung gar nicht darauf ankommt, wirklich ernsthaft gegen die Diktaturvorbereitungen etwas zu unternehmen. Auch im Preußischen Landtag benutzte der Führer der Deutschen Volkspartei die Ausführungen Stresemanns zu einem scharfen Angriff gegen die preußische Regierung. Diese läßt sich von dem Anhang der monarchistischen Hintermänner der Diktaturpläne immer mehr in eine Parteipfingstbetäubung bringen, die einer passiven Duldung der reaktionären Vorbereitungen gleichkommt.